

Ex-Ministerin Schmidt fordert Sexkauf-Verbot nach Nordischem Modell

Soll das Nordische Modell auch in Deutschland gelten, um Frauen vor Ausbeutung zu schützen? Die Debatte um den Umgang mit Prostitution hält an. In die Kritik geraten sind nun Frauengruppen kirchlicher Organisationen.

Berlin (KNA) Die ehemalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat sich für eine schnelle Einführung eines Prostitutionskaufverbots nach dem Nordischen Modell ausgesprochen. „Dass man seinen Körper verkaufen muss, um leben zu können, geht nicht mit dem Menschenbild einer humanen Gesellschaft einher“, sagte die SPD-Politikerin am Dienstagabend bei einer Veranstaltung in der Katholischen Akademie Berlin. Das Nordische Modell entkriminalisiert Prostituierte; durch das Sexkauf-Verbot werden Käufer hingegen kriminalisiert.

Während der rot-grünen Koalition (1998-2005) sei sie bereits gegen die Legalisierung der Prostitution gewesen, sagte Schmidt weiter. Zu dieser sei es auf Druck der Grünen gekommen.

Nun übe sie Kritik an Frauengruppen in Gewerkschaften, Diakonie und Caritas. Dort glaube man, dass ein Verbot der Prostitution die Selbstbestimmung der Frau untergraben würde. Das sei falsch, so Schmidt.

Der Hauptgeschäftsführer des katholischen Hilfswerks Renovabis, Thomas Schwarz, kritisierte explizit den Sozialdienst katholischer Frauen, der sich öffentlich gegen ein Prostitutionsverbot ausgesprochen hatte. Damit habe der Frauenverband gegen seine eigenen Werte verstoßen, so Schwarz.

Weiter betonte er: „Kein Mensch darf zum Instrument für die Bedürfnisse eines Anderen gemacht werden. Die derzeitige Gesetzeslage habe zu einer Normalisierung der Ausbeutung von Frauen geführt. Schwarz sprach sich dafür aus, die Logik der Prostitution umzudrehen. „Die Scham muss zu den Männern kommen.“

In der von dem Berliner Journalisten Stephan-Andreas Casdorff moderierten Diskussionsrunde plädierten auch die Bundestagsabgeordneten Anne König (CDU) und Jasmina Hostert (SPD) für die Einführung des Nordischen Modells. König betonte, dass im von Karin Prien (CDU) geführten Familienministerium derzeit eine Arbeitsgruppe an Modellen zur Reform des Prostitutionsschutzgesetzes arbeite. Dabei verwies sie auf die knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag.

In der SPD-Fraktion würden, so Hostert, nicht alle das Nordische Modell befürworten. Einige ihrer Kollegen würden sich immer noch daran klammern, dass es eine geringe Zahl von Prostituierten gebe, die freiwillig als Sexarbeiter arbeiten. „Wir können nicht die Mehrheit der Frauen aufopfern für die kleine Zahl der Frauen, die das freiwillig machen“, betonte Hostert.